

Herrn Stadtbürgermeister  
Uwe Schneider  
Kyllweg 1

54568 Gerolstein

01.12.2022

Antrag der UWG-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zur nächsten Stadtratssitzung am 14.12.2022.

#### **Digitalisierung der Ratsarbeit.**

Begründung:

Digitale Ratsarbeit stärkt Vereinbarkeit und fördert Frauen und junge Menschen, die sich in Räten engagieren wollen.

Lt. Innenministerium soll in Zukunft in rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Stadträten eine digitale Sitzungsteilnahme durch Zuschaltung möglich sein. Die digitale Ratsarbeit, die aufgrund der Pandemie erstmals geschaffen wurden, sollen für den generellen Ratsalltag eröffnet werden. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat der Ministerrat beschlossen.

*Das digitale Sitzungsformat hat sich bewährt und es ist zeitgemäß. Deshalb wollen wir auch außerhalb von Ausnahmesituationen die digitale Teilnahme von Ratsmitgliedern an Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Ausschüsse ermöglichen“, so Innenminister Michael Ebling. Hybride Sitzungsformate, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowohl die Mitwirkung in Präsenz als auch digital offenstehe, fördere insbesondere die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt und mache somit auch die Übernahme eines kommunalen Ratsmandats attraktiver. „Die digitalen Möglichkeiten können dabei einen wichtigen Beitrag leisten“, so der Minister.*

*Die Kommunen können künftig eigenverantwortlich darüber entscheiden, ob und inwieweit sie die Präsenzsitzungen für die digitale Zuschaltung von Ratsmitgliedern öffnen. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts und eine wirksame Frauenförderung war im Koalitionsvertrag vereinbart worden.*

*Der Gesetzesentwurf in Umsetzung des Koalitionsvertrags hat auch eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in der Kommunalpolitik zum Ziel. „Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, zukünftig obligatorisch durch die Kommunen zu beteiligen sind“, so Ebling. Darüber hinaus werde den Jugendlichen ein institutionalisiertes Antragsrecht auf Einrichtung einer kommunalen Jugendvertretung gesetzlich garantiert. Nach Zustimmung des Ministerrats wird sich nun der Landtag mit dem Gesetzesentwurf beschäftigen.*

29.11.2022 / Kommunales

**Der Stadtrat möge daher in seiner nächsten Sitzung am 14.12.2022 nachstehendes beschließen:**

**Der Stadtbürgermeister veranlasst eine sofortige (baldige) Prüfung der Förderbarkeit und verständigt sich mit dem Verbandsbürgermeister, gleiches im Verbandsgemeinderat einzuführen (Kostenminimierung)**

**Mit den besten vorweihnachtlichen Wünschen**

**Hans-Hermann Grewe  
Fraktionssprecher**

**Winfried Wülferath  
Fraktionssprecher**

**UWG Stadtratsfraktion**

**CDU Stadtratsfraktion**